Kleine Anfrage

der Abg. Sandra Boser und Alexander Salomon GRÜNE

und

Antwort

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Anforderungen an die digitale Bildungsplattform und Kompatibilität mit bestehenden Lösungen an den Schulen des Landes

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten funktionalen und nicht-funktionalen Anforderungen wurden im Rahmen der Anforderungsanalyse an die einzelnen Module der neuen digitalen Bildungsplattform erhoben und dokumentiert, z. B. in einem Lastenheft?
2. Wie wird, über das Einbinden von Pilotschulen hinaus, sichergestellt, dass die Bedarfe und Anforderungen der Schulen im Land an eine digitale Bildungsplattform systematisch erhoben und durch die zu entwickelnden Module vollständig abgedeckt werden?
3. Wurde im Rahmen der Anforderungsanalyse für die neue digitale Bildungsplattform der aktuelle Stand der bereits an den Schulen vorhandenen und eingesetzten Lösungen für digitale Bildungsplattformen flächendeckend erhoben und falls nicht, warum?
4. Welche Anforderungen werden an die Schnittstellen und die Interoperabilität der einzelnen Module und der Daten(austausch-)formate gestellt, sodass insbesondere eine größtmögliche Kompatibilität der digitalen Bildungsplattform mit anderen Systemen gewährleistet ist, die z. B. bereits an Schulen eingesetzt werden?
5. Welche konkreten Anforderungen wurden an das Lern-Management-System (LMS) gestellt, das Bestandteil der ersten Phase sein soll?
6. Auf welcher Grundlage wurde entschieden, zusätzlich zum bereits vorhandenen und an ca. 1.000 Schulen sowie auch an den Hochschulen des Landes eingesetzten und etablierten LMS „Moodle“, das aktuell unter Einbeziehung des Kultusministeriums weiterentwickelt wird, ein weiteres LMS auszuschreiben?

7. Welche Aufgaben sollen konkret vom jeweiligen LMS übernommen werden oder handelt es sich hierbei um redundante Systeme, aus denen die Lehrkräfte bzw. die Schulen frei auswählen können?

10. 03. 2020

Boser, Salomon GRÜNE

Begründung

In der Sitzung des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport am 26. September 2019 hat die Kultusministerin das grundlegende Konzept sowie den Zeitplan für die neue digitale Bildungsplattform vorgestellt. Die Kleine Anfrage soll den derzeitigen Stand der Umsetzung abfragen, insbesondere hinsichtlich der erhobenen Anforderungen an die digitale Bildungsplattform und wie eine Kompatibilität zu dem bereits an Schulen des Landes eingesetzten System gewährleistet werden soll.

Antwort*)

Mit Schreiben vom 21. April 2020 Nr. LUB-6534.444/200/1 beantwortet das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

Wir fragen die Landesregierung:

1. *Welche konkreten funktionalen und nicht-funktionalen Anforderungen wurden im Rahmen der Anforderungsanalyse an die einzelnen Module der neuen digitalen Bildungsplattform erhoben und dokumentiert, z. B. in einem Lastenheft?*

Die Planung und Umsetzung der Digitalen Bildungsplattform (DBP) erfolgt auf der Grundlage der „Innerdienstlichen Anordnung des Innenministeriums zum Management von Projekten der Informationstechnik (Projektmanagement Leitfadens)“ vom 1. August 2017 sowie unter Berücksichtigung der Hinweise aus dem Gutachten des Landesrechnungshofs vom August 2019 zum Vorgängerprojekt.

Zentrale Dokumente sind dabei das Projekthandbuch, die Projektdokumentation mit Risiko-Bewertungen sowie der Meilensteinplan; diese werden kontinuierlich fortgeschrieben. Zudem wird für alle Bausteine der Digitalen Bildungsplattform eine fortlaufende Risikoanalyse mit Risikomatrizen geführt. Den Planungen der einzelnen Teilprojekte liegt stets eine Prüfung hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit des jeweiligen Vorgehens zugrunde.

In der Phase 1 der Digitalen Bildungsplattform geht es zunächst um die Bereitstellung von standardisierten, datenschutzkonformen und rechtssicheren Basis-komponenten, unabhängig von individuell an Schulen eingesetzten Lösungen. Dies umfasst die Bereitstellung von Werkzeugen zur sicheren Kommunikation für Lehrkräfte, einen Arbeitsplatz für Lehrkräfte mit Anwendungen für die Bürokommunikation und Datenspeicher sowie eine pädagogische Lernumgebung über ein Lernmanagementsystem. Um den Einsatz zu ermöglichen, wurde im Februar 2018 eine Rahmendienstvereinbarung zum Einsatz einer landeseinheitlichen digitalen Bildungsplattform mit den zuständigen Personalvertretungen abgeschlossen. Inhaltlich werden die bereits im Vorgängerprojekt ermittelten Anforderungen aufgegriffen.

In der Phase 2 der Digitalen Bildungsplattform geht es um die Konsolidierung und Bündelung der Basiskomponenten, ein System zur Benutzerverwaltung mit einem Rollen- und Rechtemodell, ein Single-Sign-On-Zugang und die Überführung in den Regelbetrieb. Phase 3 dient der Optimierung und der Anbindung von Mediene-datenbanken. Die Barrierefreiheit ist phasenübergreifender Bestandteil.

*) Nach Ablauf der Drei-Wochen-Frist eingegangen.

Da das Kultusministerium keine Entwicklung von Fachverfahren beauftragt, sondern – wie auch vom Landesrechnungshof empfohlen – marktverfügbare Produkte einsetzen wird, ist die Basis für Ausschreibungen eine Leistungsbeschreibung.

Diese wird vor jeder Ausschreibung für das jeweilige Modul erstellt. Bei Zuschlägen werden EVB-IT-Verträge abgeschlossen.

2. *Wie wird, über das Einbinden von Pilotschulen hinaus, sichergestellt, dass die Bedarfe und Anforderungen der Schulen im Land an eine digitale Bildungsplattform systematisch erhoben und durch die zu entwickelnden Module vollständig abgedeckt werden?*
3. *Wurde im Rahmen der Anforderungsanalyse für die neue digitale Bildungsplattform der aktuelle Stand der bereits an den Schulen vorhandenen und eingesetzten Lösungen für digitale Bildungsplattformen flächendeckend erhoben und falls nicht, warum?*

Über Formate wie Barcamps, Dialoggespräche und Austausch mit Schulen, beispielhaft sind hier Schulen zu nennen, die an den Tabletprojekten des Landes teilnehmen, werden fortlaufend die Bedarfe der Lehrkräfte ermittelt und abgeglichen. Bei der aktuellen Umsetzung der Bausteine der Phase 1 der Digitalen Bildungsplattform geht es prioritär um die technische Umsetzung bereits mit dem Vorgängerprojekt ermittelter Anforderungen. Dies betrifft vor allem die Bereitstellung von Möglichkeiten einer sicheren Kommunikation für Lehrkräfte.

Gemeinsam mit den Kommunalen Landesverbänden ist eine Abfrage der aktuellen IT-Ausstattung und der weiteren Voraussetzungen an den öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg in Vorbereitung.

4. *Welche Anforderungen werden an die Schnittstellen und die Interoperabilität der einzelnen Module und der Daten(austausch-)formate gestellt, sodass insbesondere eine größtmögliche Kompatibilität der digitalen Bildungsplattform mit anderen Systemen gewährleistet ist, die z. B. bereits an Schulen eingesetzt werden?*
5. *Welche konkreten Anforderungen wurden an das Lern-Management-System (LMS) gestellt, das Bestandteil der ersten Phase sein soll?*

Bei Bausteinen der Digitalen Bildungsplattform, welche durch ein Identitäts- und Zugangs-Management (IAdM) gebündelt werden sollen, sind Standardschnittstellen vorgesehen. Beispielsweise wurde bei der Ausschreibung des Lernmanagementsystems (LMS) in der Leistungsbeschreibung definiert, dass offene Schnittstellen, wie SAML 2.0 und OAuth, vorhanden sind. Außerdem wurde zusätzlich darauf geachtet, dass mit der Möglichkeit eines .csv-Imports bis zur Verfügbarkeit eines IdAM ein niederschwelliger Import von Nutzerdaten auf Ebene der Schule möglich ist. Auch für die Anbindung der Mediathek des Landes Baden-Württemberg SESAM soll in der Angebotsphase der LMS Ausschreibung eine Konzeptlösung entwickelt werden.

Die Leistungsbeschreibung des Lernmanagementsystems (LMS) ist sehr umfangreich und komplex. Sie enthält unter anderem funktionale Anforderungen, wie zum Beispiel die Erstellung und Durchführung von digital unterstützten und am Bildungsplan Baden-Württemberg ausgerichteten Unterrichtseinheiten, die Verwaltung von Lehr- und Lernmaterialien, das Erzeugen, Verteilen und Einsammeln von Arbeitsaufträgen mit der Möglichkeit eines individuellen Feedbacks sowie die Bereitstellung einer performanten und auf die zu erwartenden Lastspitzen ausgelegten Infrastruktur. Neben der Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben ist auch die Einhaltung der gesetzlichen Mindestvorgaben hinsichtlich der Schaffung barrierefreier Informationstechnik (derzeit BITV 2.0 oder vergleichbar) Teil der Leistungsbeschreibung.

6. *Auf welcher Grundlage wurde entschieden, zusätzlich zum bereits vorhandenen und an ca. 1.000 Schulen sowie auch an den Hochschulen des Landes eingesetzten und etablierten LMS „Moodle“, das aktuell unter Einbeziehung des Kultusministeriums weiterentwickelt wird, ein weiteres LMS auszuschreiben?*
7. *Welche Aufgaben sollen konkret vom jeweiligen LMS übernommen werden oder handelt es sich hierbei um redundante Systeme, aus denen die Lehrkräfte bzw. die Schulen frei auswählen können?*

Das LMS Moodle soll weiterhin auch im Rahmen der DBP genutzt werden. Das LMS Moodle steht den Schulen in Baden-Württemberg zur Nutzung zur Verfügung und wird in Teilen aktiv eingesetzt. Darüber hinaus ist es Open Source und hat eine aktive Entwicklercommunity. Dieses Potenzial und die Verbundenheit mit dem System sollen bei der DBP erhalten bleiben. Ergänzend zu Moodle soll ein Lernmanagementsystem eines Marktteilnehmers im Rahmen einer EU-weiten Ausschreibung beschafft werden.

Die Entscheidung für die Ausschreibung eines ergänzenden Lernmanagementsystems basiert unter anderem auf Akzeptanzhürden bei Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern beim bestehenden Angebot. Das ergänzende Lernmanagementsystem soll deshalb einen stärker schülerzentrierten Ansatz bieten. Dies folgt auch dem Wunsch nach einem Lernmanagementsystem mit einer benutzerfreundlicheren Bedienbarkeit.

In die Leistungsbeschreibung für das ausgeschriebene Lernmanagementsystem wurde auch aufgenommen, dass Inhalte aus dem bestehenden Angebot Moodle übertragen werden können.

Die Entscheidung über den Einsatz eines Lernmanagementsystems liegt grundsätzlich bei der Schule. Welches System konkret eingesetzt wird, entscheidet die Schule ebenfalls eigenständig. Mit dem ausgeschriebenen Lernmanagementsystem und dem vorhandenen Angebot Moodle handelt es sich um alternative Systeme, welche die Lehrkräfte bei der Organisation, Durchführung und Nachbereitung ihres Unterrichts bestmöglich digital unterstützen sollen.

Dr. Eisenmann
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport